



Alles Lüge!

Unternehmerverbände, Liberale, Unionsparteien, sehr viele Sozialdemokraten, Grüne, Wirtschafts-professoren, Journalisten und so einige andere wiederholen es Tag für Tag, Woche für Woche, Monat für Monat - und viele andere plappern es einfach nur nach, zum Beispiel:

1. Die Sozialausgaben seien nicht mehr zu verkraften.
2. Die Unternehmenssteuern seien zu hoch.
3. Eine Senkung der Löhne und Lohnnebenkosten schaffe Arbeitsplätze.
4. Im Gesundheitswesen seien die Kosten explodiert.
5. Wir könnten uns unser Rentensystem nicht mehr leisten.
6. Die Arbeitslosen sind zu faul und müssen gezwungen werden.

Das stimmt so aber alles nicht!!!

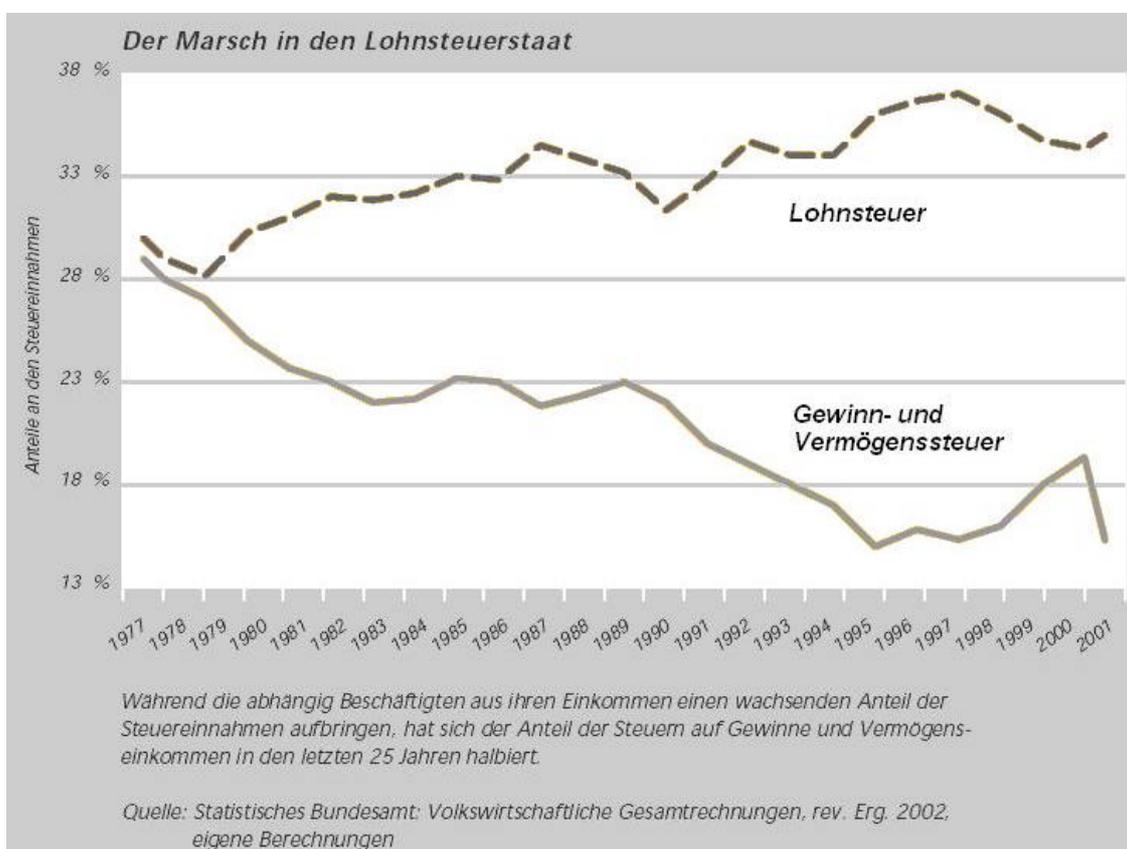
Denn ...

1. die Sozialausgaben der Bundesrepublik sind seit 1975 (relativ zum BIP*) konstant:

Ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt (also am gesamten, von uns erwirtschafteten „Kuchen“) beträgt seit 1975 rund 32%. Seit 1996 ist die Sozialausgaben-Quote (am BIP) sogar wieder am sinken. Im Vergleich der Industriestaaten (OECD) liegt die BRD im Mittelfeld.

2. die Unternehmenssteuern sinken (relativ zum BIP*) schon seit 1980:

Ihr Anteil an den Steuereinnahmen des Staates sinkt schon seit den 80er Jahren ständig. Die Unternehmer stellen sich immer mehr aus ihrer gesellschaftlichen Verantwortung heraus. Deutschland hat die zweitniedrigste Steuerquote unter den Industriestaaten (OECD).



3. die Senkung der Löhne und Lohnnebenkosten vernichtet wahrscheinlich mehr Arbeitsplätze, als sie schafft:

Die Reallöhne stagnieren oder sinken schon seit Jahren. Trotzdem (oder gerade deshalb) gibt es immer weniger Arbeitsplätze. Investitionen (neue Arbeitsplätze) lohnen sich für die Unternehmer nur dann, wenn sie die Produkte auch verkaufen können. Das können sie aber nicht, weil die Einkommen der Menschen sinken und sie deshalb weniger kaufen. Den gleichen Effekt hat die so genannte Senkung der Lohnnebenkosten, denn sie führt dazu, dass Arbeiter und Angestellte mehr Geld als vorher für Krankenversicherung und Renten beiseite legen müssen. Also haben sie weniger Geld, um Waren zu kaufen. Die Unternehmen werden ihre Waren nicht los, bauen also weitere Arbeitsplätze ab.

4. die Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen sind seit 20 Jahren (relativ zum BIP*) konstant:

Ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt (also dem gesamten, von uns erwirtschafteten „Kuchen“) liegt seit 20 Jahren konstant zwischen 6 und 7 Prozent. Die Krankenkassenbeiträge der Beschäftigten sind nur deshalb gestiegen, weil immer mehr Menschen mit hohen Gehältern, Mieteinnahmen oder Kapitalgewinnen nichts mehr in die Krankenkassen einzahlen, und weil immer mehr Menschen arbeitslos sind. Die Finanzierung ruht also auf immer weniger Schultern. Beamte, Selbständige, Freiberufler, Vermieter halten sich bei der Solidargemeinschaft vornehm zurück.

5. der demographischer Wandel ist kein Problem für unser Rentensystem:

1925 kamen auf jeden Rentner 12 Erwerbstätige, heute sind es 4 – trotzdem funktioniert das System noch immer. Das hat zwei Gründe: Die Erwerbstätigen müssen weniger Kinder ernähren als früher (es bleibt also mehr für die Rentner übrig) – und ihre Produktivität steigt, das heißt, sie produzieren von Jahr zu Jahr mehr Waren pro Stunde. Sie produzieren also genug Güter, um alle Menschen damit versorgen zu können. Die Produktivität wird auch in Zukunft weiter ansteigen, es wird genug für die Rentner übrig bleiben. Die Renten bleiben finanzierbar, wenn außer Löhnen auch Beamtengehälter, Miet- und sonstige Gewinneinkommen herangezogen werden.

6. Arbeitslose sind nicht faul, sondern chancenlos:

In Ostdeutschland kommt auf 26 Arbeitslose eine offene Stelle; die können noch so fleißig sein, sie bleiben arbeitslos. 50-Jährige sind doppelt so oft arbeitslos wie 25-Jährige – etwa weil 50-Jährige doppelt so faul sind wie 25-Jährige? Bauarbeiter werden im Winter häufig arbeitslos – etwa weil sie im Winter plötzlich faul werden? In Ostdeutschland ist die Arbeitslosigkeit mehr als doppelt so hoch wie im Westen – etwa weil Ostdeutsche doppelt so faul sind wie Westdeutsche?

Warum erzählen Politiker und andere Verantwortliche etwas anderes?

Sie wollen die verzweifelte Lage am Arbeitsmarkt dazu nutzen, den Sozialstaat zu kippen und den Kuchen zu ihren Gunsten neu zu verteilen. Deshalb die Panikmache und das Reformgerede. Es gibt nicht weniger zu verteilen - das Sozialprodukt nimmt immer noch zu!

Tatsache ist nur: Eine andere Welt ist möglich!

Gestaltungsspielräume gibt es auch in der Globalisierung zur Genüge, besonders in der Bundesrepublik Deutschland, dem Exportweltmeister!

Daher fordern wir:

- Einen gerechten Ausgleich zwischen Starken und Schwachen, Jungen und Alten, Gesunden und Kranken: die Lasten des Sozialstaats müssen alle gemeinsam tragen!
- Keine Privilegien für Steuerflüchtige, Großverdiener und Unternehmensgewinne!
- Wiedererhebung der ausgesetzten Vermögenssteuern und Erhöhung der Erbschaftssteuern!
- Beibehaltung der paritätischen Sozialversicherung: keine (weitere) Privatisierung!
- Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung für alle Personen und Einkommensarten! Entschiedenenes Nein zur Kopfpauschale!
- Weg mit Hartz IV: kein Arbeitszwang von Erwerbslosen zu Hungerlöhnen!

Es ist genug für alle da!

attac Regionalgruppe Leipzig (www.attac.de/leipzig)
ViSdP.: attac leipzig c/o Jens Naumann, Dantestr. 18., 04159 Leipzig
Nach einer Vorlage von attac Lübeck

*BIP: Bruttoinlandsprodukt = Wert der im Inland hergestellten Waren und Dienstleistungen